

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16374
Freitag, 16. September 2022

Moosbrugger: EU-Pläne zur Holzbiomasse verantwortungslos und faktenbefreit	1
Import von Putenfleisch bedeutet auch Import von niedrigeren Standards und Tierleid	1
Ängste um Versorgung und Nachfrage starten Berg- und Talfahrt der Getreidepreise	3
EU-Schweinemarkt: Knappes Angebot trifft auf inflationsgebremste Nachfrage	4
EU-Weinproduktion 2022 von Extremwetterereignissen geprägt	4
Waldverband-Obmann Rosenstatter bestürzt über EP-Abstimmung zu Biomasse	5
Falsche Signale im EU-Parlament für eine nachhaltige Forstwirtschaft gesetzt	6
Hechenberger: EP-Beschluss erschütternd und frustrierend für Forstwirtschaft	7
Strasser: Wer Biomasse abdreht, dreht Atomstrom auf	8
Heimische Inflationsrate lag im August bei 9,3%	9
OÖ Landesbäuerin: Beste Lebensmittel zu fairen Preisen von Bauern und Direktvermarktern	10
Ergebnisse des Grünen Berichts für LK Oberösterreich kein Grund zu Jubel	11

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Moosbrugger: EU-Pläne zur Holzbiomasse verantwortungslos und faktenbefreit

Raus aus der fossilen Sackgasse, rein in erneuerbare Zukunft - mit mehr Tempo

Wien, 16. September 2022 (aiz.info). - "Die Pläne des EU-Parlaments im Rahmen der 'Erneuerbaren Energie Richtlinie' (RED III) sind faktenbefreit, verantwortungslos und vollkommen unverständlich in Zeiten von Energiekrise und Klimaverschlechterung. Atomstrom grünzuwaschen und Holzenergie immer mehr abzdrehen, entbehrt jeglicher Vernunft. Davor warnen wir seit langem mit Nachdruck. Wir müssen vielmehr raus aus der fossilen Sackgasse, rein in Erneuerbare- und das mit deutlich mehr Tempo", kritisiert und fordert **Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Vorarlberg und Österreich, heute erneut im Vorfeld des Vorarlberger Waldbauerntages in Feldkirch.

"Es wächst in Österreich nachweislich mehr Holz nach, als verwendet wird. Wir benötigen Bio- bzw. Holzenergie, die europaweit 60% der Erneuerbaren Energieträger ausmacht, dringend, um unsere Bevölkerung mit Energie zu versorgen und unsere hoch gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen. Ansonsten werden noch mehr Atom- und Fossilenergie zum Einsatz kommen bzw. massive Strafzahlungen anfallen, die dann der Steuerzahler zu tragen hat", warnt Moosbrugger, auch im Sinne des Ressourcenschutzes für kommende Generationen.

Faktenbasierte anstatt ideologisch fehlgeleiteter Politik gefordert

"Wir brauchen eine faktenbasierte Politik und keine ideologisch fehlgeleitete, wie sie sich derzeit immer stärker in den EU-Gremien breitmacht. Wälder dürfen klarerweise nicht übernutzt werden, ihr erneuerbares Potenzial aber brachliegen und allzu viel Holz verrotten zu lassen, würde lediglich der Atom- und Fossillobby nutzen", betont Moosbrugger. Die Waldfläche der 27 EU-Mitgliedstaaten wurde in den letzten 30 Jahren um ca. 14 Mio. ha ausgeweitet. Das entspricht im Durchschnitt ca. 470.000 ha jährlichem Waldflächenzuwachs. Im gleichen Zeitraum wurde der Holzvorrat um ca. 8,2 Mrd. Festmeter erhöht. Das entspricht einer jährlichen Vorratssteigerung von ca. 275 Mio. Festmetern pro Jahr.

"Wir brauchen einen Ausbau und kein Zurückschrauben der Bioenergie - und das möglichst bald. Um unsere Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland zu reduzieren, müssen wir aber alle regional verfügbaren Ressourcen optimal nutzen", so Moosbrugger. (Schluss) APA-OTS 2022-19-16/09:19

Import von Putenfleisch bedeutet auch Import von niedrigeren Standards und Tierleid

Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig besuchte Putenbetrieb in Zagging - Beim Einkauf auf regionale Qualität achten und Produktion in Österreich stärken

Wien, 16. September 2022 (aiz.info). - Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** und der Obmann der Geflügelwirtschaft Österreich **Markus Lukas** haben den Putenbetrieb der Familie Kaiblinger in Zagging besucht. "Österreich hat EU-weit die strengsten Haltungsbedingungen bei Puten. Aber was nützt es, wenn diese Tierwohlprodukte nicht gekauft werden, sondern stattdessen Fleisch aus dem Ausland mit meist deutlich schlechteren Haltungsbedingungen. Die österreichischen

Putenhalter müssen mit ihrer täglichen Arbeit und Fürsorge zum Wohlergehen der Tiere auch ihr wirtschaftliches Auslangen finden", sind sich Totschnig und Lukas einig.

Österreich hat im europäischen Vergleich die strengsten gesetzlichen Haltungsbedingungen bei Puten. Mehr als die Hälfte des in Österreich verzehrten Putenfleisches kommt aber nicht aus dem Inland und muss somit nicht heimischen Tierschutzstandards entsprechen. Dies führt im europäischen Ländervergleich allerdings zu höheren Preisen für österreichisches Putenfleisch. "In der Kommunikation muss es noch besser gelingen, den Mehrwert von österreichischem Putenfleisch für heimische Konsumentinnen und Konsumenten herauszuarbeiten", so Totschnig, der dafür appelliert, auf österreichische Qualität zu setzen: "Wer regionale Produkte kauft, stärkt unsere heimischen Familienbetriebe, schützt die Umwelt durch kürzere Transportwege und die Wertschöpfung bleibt im Land. Außerdem muss uns klar sein: Der Import von Putenfleisch bedeutet auch Import von niedrigeren Standards und Tierleid."

Die Geflügelwirtschaft Österreich fordert vom Handel ein klares Bekenntnis zu österreichischem Putenfleisch und den Haltungsbestimmungen im österreichischen Bundestierschutzgesetz. Der Obmann der Geflügelwirtschaft Österreich Markus Lukas empfiehlt ebenfalls, beim Einkauf genau auf die Herkunft zu achten: "Beim Einkauf von österreichischem Putenfleisch kann man sich sicher sein, ein nach den besten Umwelt- und Tierwohlbestimmungen hergestelltes, hochwertiges und geschmackvolles Lebensmittel zu kaufen." Angesichts der aktuellen Teuerung und der Ernährungsempfehlungen der Experten rät Lukas, "besser weniger Fleisch, aber dafür in guter Qualität aus Österreich."

Österreichischer Standard

In heimischen Stallungen dürfen deutlich weniger Tiere auf derselben Fläche aufgezogen werden wie in allen anderen EU-Ländern. Das bedeutet für die Tiere mehr Licht, mehr Luft und mehr Bewegungsfreiheit. Österreichische Puten leben damit nachweislich gesünder. In den letzten Jahren investierten eine Vielzahl an heimischen Putenmästern auch in neue tierfreundliche Stallungen. Den Tieren steht dort ein frei zugänglicher Außenklimabereich zur Verfügung, der strukturierte Stall sieht erhöhte Sitzebenen vor und den Tieren stehen Strohbälle oder Picksteine zum Spielen zur Verfügung.

Putenfleisch gilt als schmackhaft, fettarm, ist einfach zuzubereiten und liegt damit im Ernährungstrend der Österreicher. Für Konsumentinnen und Konsumenten ist der qualitätsbewusste Einkauf aber schwierig. Das liegt nicht nur am zunehmenden Eigenmarkenanteil von Handelsunternehmen, womit die Unterscheidbarkeit von Qualität und Herkunft verloren geht. Vielmehr zwingen die niedrigeren Putenfleischpreise am europäischen Markt Lebensmittelhändler im Wettbewerb mit Diskontern zu immer mehr Aktionsabverkäufen, womit die Wertigkeit von heimischer Pute als wertvolles, tierisches Lebensmittel verloren geht. Händler benachteiligen heimisches Putenfleisch zudem durch höhere Preisaufschläge als bei ausländischem Putenfleisch im Regal. Nicht österreichische Pute wurde im Regelfall auch mit gentechnikverändertem Futter gefüttert. (Schluss) APA-OTS 2022-09-16/

Ängste um Versorgung und Nachfrage starten Berg- und Talfahrt der Getreidepreise

Heimischer Kassamarkt bleibt in Verunsicherung äußerst verhalten

Wien, 16. September 2022 (aiz.info). - Zuerst die Angst um die Versorgungssicherheit und danach die Furcht um die Nachfrage wegen der Katerstimmung in der Weltwirtschaft schickten in den vergangenen Tagen die internationalen Getreide- und Ölsaatennotierungen auf berg- und anschließend wieder Talfahrt. Die Versorgungsängste etwa sind geprägt von Drohungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin, die Exportkorridore der Ukraine über das Schwarze Meer wieder schließen zu wollen, auch weil er sich bei russischen Düngemittelexporten benachteiligt fühlt. Weiters ängstigen Dürre und Hitze, die vom Weizen in Argentinien bis hin zu Mais, Sonnenblumen und Soja in den USA und in der EU zusetzen. Inmitten der allgemeinen Verunsicherung lief auch der heimische Kassamarkt jüngst weiterhin äußerst verhalten.

Es kämen mit Brotgetreide in Österreich nach wie vor nur kurzfristige Geschäfte mit den allernotwendigsten Mengen zustande, wobei sich die Notierungen an der Wiener Produktenbörse diese Woche nicht nennenswert verändert haben. So heißt es, dass auf Verarbeiterseite wegen der unsicheren Lage niemand ins Risiko längerfristiger Kontrakte gehen wolle, wohingegen Lagerhalter mit der zwischenzeitlichen Befestigung der internationalen Weizenkurse ihre Forderungen bestätigt sähen.

Jüngst getätigte Einfuhren von Mahlroggen aus dem benachbarten EU-Raum nach Niederösterreich wurden mit Preisen notiert, die deutlich unter den zuletzt für inländische Ware bezahlten liegen. Auch Einkäufe von Futterweizen aus dem Ausland finden sich am Kursblatt, nachdem hier in Österreich Interesse der Mischfutterhersteller erwacht ist.

Von der Nassmaiskampagne werden von der Landwirtschaftskammer im Osten Niederösterreichs schwache Erträge von 2 bis 6 t/ha, Kornfeuchten schon von unter 25% und in der abgelaufenen Woche Netto-Erzeugerpreise frei Werk auf Basis 30% Feuchtigkeit bis zu rund 240 Euro/t kolportiert. Das hohe Preisniveau habe auch kräftigere Preiszu- und -abschläge für geringere beziehungsweise höhere Feuchtigkeitsgrade von 2,60 bis 4,10 Euro/t zur Folge. Indes würde auch kontinuierlich, aber tröpfchenweise in jeweils nur kleinen Mengen Körnermais aus der Ukraine angeliefert und von den Verarbeitern einstweilen auf Lager gelegt. Es heißt, Polen könne heuer als eines der wenigen EU-Länder eine Maisernte etwa auf Vorjahresniveau einführen, wobei die dortige Silokapazität auch mit für den Westen Europas bestimmten Maislieferungen aus der benachbarten Ukraine schon ziemlich ausgelastet sei.

Ebenso kündigten sich in und rund um Österreich schwache Sojabohnenerträge an. Zusammen mit dem jüngsten internationalen Preisanstieg sorgte dies für Nervosität. Es kamen diese Woche keine Sojaschrotnotierungen in Wien zustande. (Schluss) pos

EU-Schweinemarkt: Knappes Angebot trifft auf inflationsgebremste Nachfrage

Mastschweine-Notierung in Österreich auf Vorwochenniveau

Wien, 16. September 2022 (aiz.info). - Über die EU-Schweineproduktion gibt es keine substantiellen Veränderungen im Vergleich zu den vergangenen Wochen weder vom Lebend- noch vom Fleischmarkt zu vermelden. Quer durch die EU liegen in den Mitgliedsstaaten die Angebote schlachtreifer Schweine zwischen 5 und 10% unter Vorjahresniveau. Absatzseitig ist allerorts das geänderte Kaufverhalten durch die hohe Inflation spürbar. Insbesondere bei höherpreisigen Teilstücken werden Absatzzurückgänge von bis zu 20% sichtbar. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich eine allgemeine Einschätzung ab, wonach der Preisplafond für heuer erreicht sein könnte. Auf Basis dieser Einschätzung dürfte auch das unveränderte Ergebnis des deutschen Preismodells entstanden sein, wenngleich man zu Wochenbeginn noch von weiterer Luft nach oben ausgegangen war. Ziemlich einheitlich bewegen sich auch die Notierungen in den übrigen EU-Ländern seitwärts.

In Österreich ist seit April dieses Jahres der Schweinemarkt wöchentlich vollständig geräumt. Während in den Sommermonaten der "Kampf um das letzte Schwein" durchaus heftig ausgefochten wurde, hat sich die Lage inzwischen etwas beruhigt. Ein leicht steigendes Angebot bei gleichzeitig steigendem Schlachtgewicht ermöglicht aktuell eine zufriedenstellende Marktbeschickung, berichtet **Johann Schleder**, Geschäftsführer der Österreichischen Schweinebörse. Die Fleischbranche plagt sich beim Umsetzen der gestiegenen Rohstoffpreise, wenngleich die Sorge um bis zu 10-fach gestiegene Gas- oder Stromkosten die Stimmungslage am stärksten belastet. Mitunter auch deshalb bekundete die Abnehmerseite der heimischen Schweinebörse schon im Vorfeld gegen den Plan weiterer Preissteigerungen entschieden aufzutreten. Die Balance zwischen Angebot und Nachfrage ergab letztlich auch eine klare Fixierung auf Vorwochenniveau mit einer Mastschweine-Notierung von auf 2,19 Euro/kg Schlachtgewicht (Berechnungsbasis: 2,09 Euro). (Schluss)

EU-Weinproduktion 2022 von Extremwetterereignissen geprägt

Deutliche Unterschiede in der Ernteschätzung der Mitgliedstaaten

Brüssel, 16. September 2022 (aiz.info). - Der Dachverband der EU-Landwirte und Genossenschaften, COPA-COGECA, geht von einer diesjährigen EU-Weinproduktion ähnlich dem Vorjahresniveau sowie unter dem 5-Jahres-Durchschnitt für die Jahre 2017 bis 2021 aus. Aufgrund der Trockenheit während der Frühlings- und Sommermonate gebe es deutliche Unterschiede innerhalb der EU-Mitgliedstaaten, berichtet COPA-COGECA. Die EU-Weinernte 2022/23 sei weitgehend von den Auswirkungen der hohen Temperaturen geprägt, die in einigen Ländern zu überstürzten Ernten und deutlich reduzierten Erträgen führten. Die Trauben seien aber in einem überwiegend guten phytosanitären Zustand, was eine hervorragende Weinqualität erwarten lasse, so der Verband.

In den drei großen Erzeugerländern Italien, Frankreich und Spanien wird für 2022/23 eine Weinproduktion von insgesamt 130,2 Mio. hl erwartet, was eine leichte Steigerung um 1,1% gegenüber 128,7 Mio. hl in der Saison 2021/22 sowie einen leichten Rückgang um 2,1% im Vergleich mit dem 5-Jahres-Durchschnitt (132,9 Mio. hl) bedeutet. In den meisten anderen Erzeugerländern wird es hingegen voraussichtlich Ertragsrückgänge geben. So etwa auch in Österreich, wo laut COPA-COGECA Trockenheit und Hitze zu einem leichten Produktionsrückgang von 2,5% gegenüber den Werten von 2021/22 und dem 5-Jahres-Durchschnitt führen könnten.

"Dank der Bemühungen der Winzerinnen und Winzer konnte die Ernte 2022 größtenteils 'gerettet' werden. Dennoch bleibt dieses Jahr für die gesamte Branche herausfordernd. Deutlich höhere Preise für Transport, Glas, Karton, Pflanzenschutzmittel und Energie haben die Situation der ohnehin schon kostenintensiven Produktion verschärft. Dies erodiert die Margen für die Weinproduzenten noch weiter", erklärte **Luca Rigotti**, Vorsitzender der COPA-COGECA-Arbeitsgruppe für Wein. (Schluss) hub

Waldverband-Obmann Rosenstatter bestürzt über EP-Abstimmung zu Biomasse

Ideologie überstimmt Hausverstand - Kurzsichtige Sichtweise und ein fatales Zeichen

Wien, 16. September 2022 (aiz.info). - Das EU-Parlament hat sich dafür ausgesprochen, dass die direkte Nutzung von Biomasse aus dem Wald zur Energieerzeugung in der staatlichen Bilanzierung nicht mehr als erneuerbar angerechnet werden kann. "Eine kurzsichtige Sichtweise und ein fatales Zeichen vor allem in der aktuell angespannten geopolitischen Lage. Dass Holz aus dem Wald nicht mehr als erneuerbar gelten soll, ist eine rein ideologische Entscheidung und ignoriert die Tatsache, dass wir Waldbauernfamilien unsere Wälder laufend verjüngen und klimafit machen", zeigt sich **Rudolf Rosenstatter**, Obmann Waldverband Österreich, über das Abstimmungsergebnis zutiefst bestürzt.

"Leider sind vielen Vertretern im EU-Parlament die weitreichenden Folgen und negativen Auswirkungen ihrer Entscheidungen für die rund 16 Millionen europäischen Familienwaldbetriebe aber auch jeden einzelnen EU-Bürger nicht immer bewusst. Die EU beraubt sich damit selbst um einen wertvollen Mitstreiter im Kampf gegen die Klimakrise und einer wichtigen Technologie auf dem Weg zur Klimaneutralität. Zusätzlich werden die durch diese Entscheidung verminderten Einkommensmöglichkeiten der Familienwaldbetriebe bei der Urproduktion auch den Holzmarkt nicht unbeeindruckt lassen," so Rosenstatter.

Rosenstatter weiter: "Vor dem Hintergrund der aktuellen energiepolitischen Lage ist diese Entscheidung geradezu eine Farce. Die EU fordert mehr Unabhängigkeit von Putins Gas, am besten noch heute. Bis 2030 sollen mindestens 40% unserer Energie aus erneuerbaren Energiequellen stammen und bis 2050 soll die Klimaneutralität erreicht sein. Alles notwendige aber sehr ambitionierte und hehre Ziele, die nur mit der Nutzung aller uns zur Verfügung stehenden erneuerbaren Energiequellen erreicht werden können. Dazu zählt auch das vor unseren Haustüren nachwachsende und nachhaltig verfügbare Holz. Ich hoffe darauf, dass diese Sichtweise in den Trilogverhandlungen zwischen EU-Kommission, EU-Parlament und dem Rat richtiggestellt und Holz als wichtige und wieder völlig erneuerbare Energieform anerkannt wird." (Schluss)

Falsche Signale im EU-Parlament für eine nachhaltige Forstwirtschaft gesetzt

Land&Forst Betriebe Österreich kritisieren die jüngsten Entscheidungen im EU-Parlament

Wien, 16. September 2022 (aiz.info). - Im EU-Parlament wurden in den vergangenen Tagen die Positionierungen zu drei wesentlichen walddrelevanten Materien getroffen. Konkret ging es um die Europäische Waldstrategie, die Verordnung über entwaldungsfreie Produkte und um die Erneuerbaren Energien Richtlinie (RED III). "Leider wurde dabei weder auf regionale Besonderheiten noch auf bereits vorhandene - im Falle Österreichs sehr hohe - Standards Rücksicht genommen. Damit werden einer nachhaltigen Forstbewirtschaftung künftig viele zusätzliche Regeln und Auflagen vorgeschrieben, die nicht nur ökonomisch und administrativ schwierige Auswirkungen haben, sondern dem Wald auch seine Aufgabe im Kampf gegen den Klimawandel nahezu unmöglich machen", kritisieren die Land&Forst Betriebe Österreich. Denn während etwa mit dem Bericht zur EU-Waldstrategie leichte Signale in die richtige Richtung kämen, seien es konkrete Erfordernisse in den anderen zwei Materien und die Summe der Entwicklungen, die für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung unmittelbare negative Auswirkungen hätten.

EU-Waldstrategie

Die Land&Forst Betriebe sehen in der EU-Waldstrategie leichte Verbesserungen zum Vorschlag der EU-Kommission in der Parlaments-Positionierung. So unterstrich das Europaparlament die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für Forstthemen, sprach sich klar für bereits bestehende Indikatoren und Prozesse aus und forderte eine bessere Ausbalancierung zwischen den ökologischen, ökonomischen und sozialen Schwerpunkten der Strategie. "Trotzdem bleiben schwierige Punkte im Programm bestehen, wie etwa ungelöste Fragen von Definitionen (wie etwa zu "Old Growth Forests"), die Einrichtung von Pufferzonen oder die bereits in einer Folgematerie überzogenen und unrealistischen Ansätze zur Wiederherstellung der Natur", so der Verband.

Verordnung über entwaldungsfreie Produkte

Die Seitens der Land&Forst Betriebe im Vorfeld des Prozesses eingebrachten Kritikpunkte blieben leider auch in der Position des EU-Parlaments bestehen, so dass weiterhin problematische Definitionen enthalten und hoher bürokratischer Aufwand und Kontrollen für die Marktteilnehmer in der EU vorgesehen seien. Auch Nachschärfungen und Ausweitungen der Verordnung seien bereits avisiert. Geht es nach den Land&Forst Betrieben sollten Detailfragen über so genannte "Delegated Acts" gelöst werden, bei denen sich die EU-Kommission nur mehr eines vereinfachten Politikwerdungsprozesses unterziehen muss. "Alle diese Punkte sind strikt abzulehnen", stellte die Vereinigung klar.

Erneuerbaren Energien Richtlinie (RED III)

Die neue Richtlinie sah vor, dass Primärholz, das aus dem Wald kommt und direkt für energetische Zwecke verwendet wird, nicht mehr als erneuerbare Energie anerkannt werden soll. Dies konnte nicht zuletzt auf Grund der intensiven politischen Arbeit der letzten Wochen abgeschwächt werden. "Trotzdem werden damit die Bemühungen der österreichischen Waldbesitzer, ihren Beitrag zur Erreichung der 'Erneuerbaren-Anteile' im Bereich Biomasse zu leisten, massiv eingeschränkt. Damit werden die Klimaziele in Österreich schwer erreichbar werden", mahnen die Land&Forst Betrieben. Der umweltfreundliche und nachhaltige Rohstoff Holz soll nun künftig zwar zum Teil, aber gedeckelt als erneuerbar anerkannt werden. "Gleichzeitig wird Atomkraft als umweltfreundliche und nachhaltige Energiequelle forciert. Eine untragbare Situation für den nachhaltigen Sektor schlechthin, vor allem aber für die nächsten Generationen", verdeutlicht die Vereinigung.

"Holz wird in Österreich nicht sinnlos verheizt, sondern ist ein wichtiger Baustein für die Wertschöpfung am Land und um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Wir können es uns daher auch nicht leisten, darauf zu verzichten. Dass die EU nun diese Leistung schmälert oder gar in Frage stellt, ist der falsche Weg. Es sind nun die Mitgliedstaaten im Rat gefordert, diese Themen noch auszubügeln und weg von ideologischen Diskussionen eine fachlich fundierte Lösung für die Zukunft zu entwickeln", fordert der Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich, **Felix Montecuccoli**, ein. (Schluss)

Hechenberger: EP-Beschluss erschütternd und frustrierend für Forstwirtschaft

LK Tirol-Präsident kritisiert Statusverlust von Biomasse als erneuerbarer Energieträger

Wien, 16. September 2022 (aiz.info). - Für den Beschluss des Europäischen Parlaments, die direkte Nutzung von Biomasse aus dem Wald zur Energieerzeugung solle in der staatlichen Bilanzierung nicht mehr als erneuerbar angerechnet werden, findet der Präsident der Landwirtschaftskammer Tirol, **Josef Hechenberger**, klare Worte: "Die Unterscheidung in primäre und sekundäre Biomasse lässt die Schere zwischen Theorie und Praxis noch weiter auseinandergehen und läutet langfristig das Ende der nachhaltigen bäuerlichen Biomasseproduktion ein. Trotz der massiv angespannten Lage in der Energieversorgung wird die Nutzung von heimischem Holz - einem nachwachsenden Rohstoff - zusätzlich erschwert. Das hat auch fatale Konsequenzen für die Versorgungssicherheit in Österreich.

Hechenberger weiter: "Im Wesentlichen kommt das einem sofortigen Rückbau gleich, da wir in den vergangenen Jahren laufend ausgebaut und investiert haben. Jährlich wachsen bei uns ca. 100.000 Festmeter Holz nach, die gar nicht geerntet werden. Das bedeutet, dass mehr nachwächst, als tatsächlich genutzt wird. Im Klartext wird uns mit der neuen Richtlinie verboten, nachhaltige Rohstoffe zu nutzen, die direkt vor unserer Haustüre wachsen."

"Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer werden mit enormen bürokratischen Hürden konfrontiert, da zum Nachweis entwaldungsfreier Produkte sehr detaillierte Informationen verlangt werden. Hier wurde klar gegen die Interessen der Bevölkerung und auf Druck der NGOs agiert. Es kann doch nicht

sein, dass Kahlschlag in Polen plötzlich mit nachhaltiger Waldwirtschaft verglichen wird. Zwar konnte durchgesetzt werden, dass Waldbiomasse auf dem durchschnittlichen Niveau von 2017-2022 auch künftig als erneuerbare Energie anrechenbar bleibt. Trotzdem muss nachhaltige Energie weiter gefördert, ausgebaut und weiterentwickelt, statt eingeschränkt werden", so der LK-Präsident. (Schluss)

Strasser: Wer Biomasse abdreht, dreht Atomstrom auf

Ausbau-Stopp von Biomasse geht in die falsche Richtung - Bauernbund fordert volle Anrechnung von Holz-Biomasse als "erneuerbar"

Wien, 16. September 2022 (aiz.info). - Mit der Abstimmung über die Erneuerbare-Energie-Richtlinie (REDIII) hat das EU-Parlament seine Position für die finalen Verhandlungen mit der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedsstaaten fixiert. "Es ist völlig praxisfremd und inakzeptabel, dass sich die linke Mehrheit im EU-Parlament gegen den weiteren Ausbau von Biomasse aus dem Wald ausgesprochen hat. Uns muss klar sein: Wer Biomasse abdreht, dreht Atomstrom und Kohlekraftwerke auf. Gerade in Zeiten der Energiekrise ist es wichtig, alle nachhaltigen Energiequellen zu forcieren. Ohne Biomasse aus Holz rutschen wir in eine noch massivere Energie-Abhängigkeit und werden die Energiewende nicht stemmen", kritisiert Bauernbund-Präsident **Georg Strasser**

"Über 50% der erneuerbaren Energie in Österreich kommt aus Biomasse. Sollte sich das EU-Parlament mit seiner Position durchsetzen, hat das weitreichende Folgen für unsere Energieversorgung und den Wald. Biomasse ist krisenfest, hat kurze Transportwege und schafft Arbeitsplätze in den Regionen", sagt Strasser. In Österreich wächst mehr Holz nach, als genutzt wird - alle 40 Sekunden jene Menge Holz, die für den Bau eines Einfamilienhauses benötigt wird. Biomasse macht europaweit rund 60% der Erneuerbaren aus und ist in Österreich die nachhaltige Ressource Nummer Eins.

Die Bauernbund-Abgeordneten im EU-Parlament konnten sich zwar durchsetzen, dass Waldbiomasse auf dem durchschnittlichen Niveau von 2017 bis 2022 auch künftig als erneuerbare Energie anrechenbar sein wird, vom eigentlichen Ziel sei dies aber noch weit entfernt. "Ein 0%-Anrechenbarkeit-Szenario wurde verhindert. Damit konnten die schlimmsten Befürchtungen abgewendet werden, nämlich, dass die Nutzung von Biomasse überhaupt nicht mehr als Teil der erneuerbaren Energien anerkannt würde. Unser aller Ziel muss aber sein, dass diese nachhaltige Energieform weiter ausgebaut, statt eingeschränkt wird", so Strasser. (Schluss) APA-OTS 2022-19-16/11:10

Heimische Inflationsrate lag im August bei 9,3%

Treibstoffe als stärkster Preistreiber, trotz Rückgang gegenüber Juli

Wien, 16. September 2022 (aiz.info). - Die Inflationsrate für August 2022 lag laut Statistik Austria bei 9,3% (Juli 2022: 9,4% revidiert). Gegenüber dem Vormonat Juli 2022 blieb das durchschnittliche Preisniveau unverändert. "Im August 2022 ist die Inflationsrate erstmals seit April 2021 leicht gesunken, verharrt mit 9,3% aber weiter über der 9%-Marke. Hauptverantwortlich für den leichten Rückgang waren die Treibstoffpreise, die sich gegenüber dem Vormonat um 10,4% verbilligten, im Jahresabstand blieben sie aber stärkster einzelner Treiber der Inflation. Ohne die aktuelle Entwicklung der Treibstoffpreise läge die Inflation bei 9,9%. Ungebrochen blieb der Trend steigender Preise hingegen bei Haushaltsenergie, Nahrungsmitteln und in der Gastronomie", so Statistik Austria-Generaldirektor **Tobias Thomas**. Der Anstieg der Inflationsrate von 0,2% gegenüber der Schnellschätzung sei hauptsächlich auf spät eingelangte Daten aus dem Bereich Instandhaltung und Reparatur der Wohnung zurückzuführen.

Preise für Wohnen, Wasser, Energie haben Inflation erstmals seit April 2021 stärker beeinflusst als Verkehr

Die Preise für Wohnung, Wasser, Energie stiegen durchschnittlich um 13,8%, merklich kräftiger als im Juli (+2,36%). Damit erwies sich dieser Ausgabenbereich als wichtigster Treiber der Inflation im Jahresabstand. Vor allem die Preise für Haushaltsenergie trugen dazu bei (August: +36,7%). Während sich die Gaspreise fast nicht veränderten (August: +71,0%; Juli: +71,5%), gingen die Heizölpreise leicht zurück (August: +106,6%; Juli: +108,5%). Feste Brennstoffe hingegen verteuerten sich stark (August: +72,4%; Juli: +59,2%). Die Strompreise stiegen merklich (August: +11,9%; Juli: +10,2%). Fernwärme verteuerte sich um 19%. Bei der Instandhaltung von Wohnungen nahm der Preisauftrieb ebenfalls zu (August: +15,6%; Juli: +13,5%). Ausschlaggebend dafür waren die Materialkosten (August: +17,9%; Juli: +16,1%).

Die durchschnittlichen Teuerungen für Verkehr fielen Statistik Austria zufolge mit +16,8% deutlich schwächer aus als im Juli (+21,8%). Hauptverantwortlich dafür waren die Treibstoffpreise, die im August um 44% zulegten, markant weniger als im Juli (+63,1%). Auch für Flugtickets schwächte sich der Preisauftrieb ab (August: +19,3%; Juli: +32,1%). Gebrauchte Kraftwagen kosteten um 24,4% mehr, neue um 8,7%. Reparaturen privater Verkehrsmittel verteuerten sich um 5,3%.

Preisplus bei Nahrungsmitteln

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich durchschnittlich um 13,1%, etwas mehr als im Juli (+12,2%). Hauptverantwortlich dafür waren teurere Nahrungsmittel (+13%; Juli: +12,1%). Insbesondere bei Brot und Getreideerzeugnissen nahm der Preisdruck zu (August: +12,8%; Juli: +11,2%). Auch Milch, Käse und Eier kosteten merklich mehr (August: +19,5%; Juli: +17,4%). Die Preise für Fleisch stiegen um 14,3% und jene für Gemüse um 12,1%. Für Öle und Fette zahlte man um 30,1% mehr (darunter Butter +38,9%). Nur Obst verteuerte sich vergleichsweise moderat (+3,1%). Die Preise für alkoholfreie Getränke legten um 14,1% zu. Vor allem Kaffee (+20,8%) trug dazu bei.

In Restaurants und Hotels wurden die Preise im August stärker angehoben (durchschnittlich +9,9%) als im Juli (+9,3%). Teuerungen zeigten sich bei Bewirtungsdienstleistungen (August: +9,7%; Juli: +9,4%) und bei Beherbergungsdienstleistungen (August: durchschnittlich +10,7%; Juli: +9,1%).

Für Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses musste durchschnittlich um 8,6% mehr bezahlt werden (+0,58%). Vor allem Einrichtungsgegenstände und Bodenbeläge trugen dazu bei (+9,9%), so Statistik Austria.

Teuerung beim täglichen Einkauf höher als Gesamtinflation, Wocheneinkauf deutlich teurer

Das Preisniveau des Mikrowarenkorbs, der überwiegend Nahrungsmittel, aber auch Tageszeitungen oder den Kaffee im Kaffeehaus enthält und den täglichen Einkauf widerspiegelt, stieg im Jahresabstand um 11,2% (Juli: +10,4%). Das Preisniveau des Miniwarenkorb, der einen wöchentlichen Einkauf abbildet und neben Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch Treibstoffe enthält, stieg im Jahresvergleich um 15,9% (Juli: +19,1%).

Die harmonisierte, auf europäischer Ebene vergleichbare Inflationsrate betrug im August in Österreich 9,2%. Zum Vergleich: In den Ländern des Euroraumes stieg dieser Wert auf 9,1%, im Schnitt der gesamten EU kletterte er auf 10,1%. (Schluss)

OÖ Landesbäuerin: Beste Lebensmittel zu fairen Preisen von Bauern und Direktvermarktern

Haider: Vielfach Einkauf beim Diskonter, obwohl es dort nicht oder nur minimal billiger ist

Wien, 16. September 2022 (aiz.info). - "Die Menschen kaufen jetzt vielfach beim Diskonter, obwohl es dort nicht oder nur minimal günstiger ist. Das allgemeine Empfinden in der Gesellschaft ist aber leider so und die Medien trommeln uns von morgens bis abends vor, was alles teurer, und somit scheinbar unleistbar geworden ist. Laut einer Umfrage des Handelsverbandes sind den Direktvermarktern in der momentanen Teuerungskrise schon fast ein Drittel der Kunden abhandengekommen. Das ist schade und müsste nicht sein. Ich will nichts beschönigen, aber bleiben wir realistisch. Überzeugen wir uns selbst von den Preisen am Bauernmarkt und im Hofladen und vergleichen wir. Lassen wir uns nicht von dieser Panikmache vereinnahmen", so Oberösterreichs Landesbäuerin **Johanna Haider**

Fakt ist, die Preiserhöhungen bei Energie und Betriebsmitteln machen auch vor der Landwirtschaft nicht halt. Daher haben auch die Direktvermarkter ihre Preise anpassen müssen. Sie haben die Teuerungen aber bisher nicht so extrem an ihre Kundinnen und Kunden weitergegeben wie die Handelsketten. Hinter den Produkten stehen Familien, die selbst mit den Kostensteigerungen kämpfen, diese aber aus Fairness nicht 1:1 an ihre Kunden weitergeben. "Am Bauernmarkt und im Hofladen zählt der Kontakt mit den Konsumentinnen und Konsumenten. Es besteht ein Vertrauensverhältnis und man kennt sich. Daher meine Empfehlung: Augen auf beim Einkauf, denn die Milch beim Direktvermarkter ist oftmals preisgleich wie beim Diskonter und Kartoffeln, Gemüse, Brot, Wurst, Fleisch, usw. sind auf einem leistbaren Niveau", sagt Haider, die selbst Direktvermarktung mit Brot und Brotgetreide betreibt. Und: "Tun wir uns selbst, unserer Umwelt und unserer Ernährung etwas Gutes, und unterstützen wir beim Einkauf unsere Direktvermarkter in der Region. Besuchen wir für den Wochenendeinkauf den Bauernmarkt, denn 'wissen wo's herkommt' ist auch in Zeiten der Krise ein ganz zentraler Punkt." (Schluss)

Ergebnisse des Grünen Berichts für LK Oberösterreich kein Grund zu Jubel

Waldenberger: Im Gegensatz zu Bundesschnitt dreiprozentiger Einkommensverlust in OÖ

Wien, 16. September 2022 (aiz.info). - Für den Präsidenten der Landwirtschaftskammer Oberösterreich, **Franz Waldenberger**, bedeutet das Ergebnis des Grünen Berichts über das Jahr 2021 "keinen Grund zum Jubeln, vor allem nicht für unser Bundesland Oberösterreich. Denn im Gegenteil zum Bundesergebnis haben die oberösterreichischen Landwirte mit einem dreiprozentigem Einkommensrückgang zu kämpfen. Das durchschnittliche Einkommen von 31.600 Euro je Betrieb liegt damit auf einem Niveau wie im Jahr 2014 und das unter den aktuell herausfordernden Rahmenbedingungen wie der hohen Inflation und den eklatanten Preissteigerungen."

Zwar weise der Bericht für die Landwirtschaft im Bundesschnitt ein Einkommensplus von 15% auf durchschnittlich 32.150 Euro pro Betrieb ausweisen, doch würde das heruntergebrochen auf eine betriebliche Arbeitskraft nur ein Bruttoeinkommen von 22.640 Euro bedeuten. Davon müssten noch Sozialversicherungsbeiträge abgezogen werden. Zum Vergleich betrage das durchschnittliche Bruttoeinkommen aller unselbstständig Erwerbstätigen in Österreich rund 30.260 Euro. (Schluss)